

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 05.08.2003
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am Dienstag, 8. Juli 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:02 Uhr - 20:00Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.05.2003 - öffentlicher Teil -
361/2003**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Brandschutzbedarfsplan
415/2003**
- 6. Anbindung an die Autobahn A 4
416/2003**
- 7. Rahmenplanung Bensberg
- Handlungsraum Arbeiten / Gewerbe
323/2003**
- 8. 5. Fortschreibung des Nahverkehrsplans Rheinisch-Bergischer Kreis;**

- hier: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach**
380/2003
- 9. Fahrplanänderungen im Rheinisch-Bergischen Kreis**
381/2003
- 10. Änderung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros in Bensberg und Refrath**
407/2003
- 11. Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach;**
hier: Beratung der Ergebnisse aus den Fachausschüssen
414/2003
- 12. Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2002
- Wohnungsbauprogramm 2003
383/2003
- 13. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;**
Benennung eines Mitgliedes in den Stadtverband für Entwicklungszusammen-
arbeit Bergisch Gladbach e.V.
413/2003
- 14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2003, durch die**
Verwaltung zu prüfen, ob sich ein ökologisches Gewerbegebiet in Bergisch Glad-
bach realisieren läßt
410/2003
- 14.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2003, die Stadt**
Bergisch Gladbach möge eine Mobilitätsrunde planen und initiieren, die alle
Beteiligten an einen Tisch bringt und versucht, die Verkehrsproblematik der
Stadt im Kontext aller betroffenen Gruppen zu lösen
411/2003
- 14.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2003, die Verwal-**
tung möge für die Sitzung des Hauptausschusses am 7.10.2003
1. eine Analyse des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach und
2. darauf aufbauend einen Masterplan zur städtischen Wirtschaftsförderung ,
der auch eine Kombination mit der regionalen Wirtschaftsförderung zuläßt,
erstellen
412/2003
- 15. Anfragen der Ausschußmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil-**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.05.2003 – nichtöffentlicher Teil -**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Ehrung von Personen für besonderes ehrenamtliches Engagement**
391/2003

5. **Entpflichtung einer Prüferin und eines Prüfers**
372/2003 und 371/2003

6. **Bestellung einer Prüferin**
373/2003

7. **Anfragen der Ausschußmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 26.06.2003 mit den beigefügten Vorlagen,
2. die Einzelvorlagen zu den Punkten 7 (Rahmenplanung Bensberg) und 12 (Wohnungssituation in Bergisch Gladbach) des öffentlichen Teiles sowie den Punkten 5 (Entpflichtung einer Prüferin und eines Prüfers) und 6 (Bestellung einer Prüferin) des nichtöffentlichen Teils.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.05.2003 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert zu Punkt 13 des Berichtes, daß die Anfrage von Frau Schmidt-Bolzmann zur Handhabung der Geschäftsordnung inzwischen schriftlich beantwortet wurde.

Im übrigen nimmt der Ausschuß den Bericht zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es gibt keine Mitteilungen.

5. Brandschutzbedarfsplan

Stadtkämmerer Kotulla erläutert die Vorlage. Der neue Brandschutzbedarfsplan solle nur bis zum Ende des Jahres 2006 in Kraft gesetzt werden, da das Haushaltssicherungskonzept eine Planung über diesen Zeitpunkt hinaus nicht zulasse. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen gebe hinsichtlich der Brandschutz-Standards keine Empfehlung ab, sondern überlasse diesen Bereich der kommunalen Planungshoheit.

Allerdings lege eine Verfügung der Bezirksregierung vom 07.04.1997 einige Dinge hinsichtlich der einzuhaltenden Hilfsfristen fest. Die Vereinbarkeit dieser Verfügung mit der Aussage des Innenministers werde die Bürgermeisterin klären. Die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren der Kommunen solle einer Ankündigung des Innenministers gemäß gesetzlich geregelt werden. Die Verantwortlichkeit dürfe künftig nicht mehr an den kommunalen Grenzen haltmachen. Im übrigen habe die Verwaltung trotz angespannter Haushaltslage bereits einiges zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr getan. So seien neue Stellen geschaffen und besetzt worden. Des weiteren seien 12 Kräfte für die Bereiche Notfallrettung und Krankentransport befristet eingestellt worden. Bis zum Jahre 2006 müsse vor allem der Bereich der Freiwilligen Feuerwehr gezielt gefördert werden, um für den Zeitraum danach eine Entlastung der hauptamtlichen Kräfte zu erreichen und gleichzeitig die wirtschaftliche Effizienz der Feuerwehr zu steigern.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß der Brandschutz in Bergisch Gladbach einen hohen Standard besitzt. Vor dem Hintergrund der bereits durchgeführten und ins Auge gefaßten Maßnahmen werde die CDU-Fraktion dem Beschlußvorschlag folgen.

Herr Neuheuser ist mit dem Erreichungsgrad von mindestens 75 % bis zum Jahre 2006 einverstanden, regt jedoch eine Ausdehnung desselben auf 80 % für die Zeit nach 2006 an. Möglicherweise könne dies im Brandschutzbedarfsplan bereits jetzt festgeschrieben werden. Hinsichtlich 4 b) des Beschlußvorschlages möchte er wissen, wie die dort angedachten Übergangslösungen aussehen und welche Kosten sie verursachen.

Frau Ryborsch möchte wissen, wie der Katastrophenfall geregelt sei, insbesondere bei einem Flugzeugabsturz. Über Bergisch Gladbach verstärkten sich die Flugbewegungen immer mehr.

Herr Orth bewertet den Brandschutzbedarfsplan als unbefriedigend. Dem Beschlußvorschlag sei zwar zuzustimmen, jedoch werde durch seine Umsetzung ein ausreichender Brandschutz im Stadtgebiet nicht gewährleistet. Derzeit liege der Erreichungsgrad unter 50 %. Dies ergebe sich aus dem Umkehrschluß der Aussagen in der Vorlage auf den Seiten 13/14. Alle Maßnahmen einer Steigerung des Erreichungsgrades von 50 auf 75 % stünden unter Vorbehalt. Es sei zweifelhaft, ob dies mit den angedachten Mitteln erreicht werden könne.

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob die Kräfte der Feuerwehr zu bestimmten Tageszeiten dezentral eingesetzt werden können. Denkbar sei z. B. eine Stationierung im Feuerwehrhaus in Refrath.

Herr Jung stellt fest, gegen Großkatastrophen, wie z. B. Flugzeugabstürze, könne sich keine Gemeinde eigenständig absichern. Hier müsse immer eine übergreifende Kooperation gewährleistet werden. Für die Randbereiche des Stadtgebietes sei zu prüfen, ob diese nicht durch die Feuerwehren der benachbarten Kommunen leichter erreicht werden können.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß der Brandschutzbedarfsplan u. a. mit der Aufstockung der freiwilligen Helfer auf 290 stehe und falle. Eine 2001 beschlossene und inzwischen durchgeführte 60.000,- € teure kreisweite Anwerbemaßnahme habe jedoch lediglich 27 weitere freiwillige Helfer rekrutieren können. Er frage sich, wie

vor diesem Hintergrund die Endausbaustufe der Freiwilligen Feuerwehr erreichbar sei. Er regt an, daß die Verwaltung der Politik anhand der Einsatzdaten für 2003 und 2004 mitteilt, wie viele Einsätze innerhalb der Hilfsfrist 1 abgewickelt werden konnten. Dies sei notwendig, um politisch ggf. für diesen Bereich noch steuernd eingreifen zu können. Er bittet darum, den Fraktionen jeweils für 2003 und 2004 mitzuteilen, wie der Erreichungsgrad gesteigert werden konnte.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, wie Notfallrettung und Krankentransporte in der Nacht gewährleistet werden. Hinsichtlich der baulichen Voraussetzungen, die zu schaffen seien, habe man sich im Arbeitskreis auf einen Erreichungsgrad von 80 % geeinigt. Die Maßnahmen berücksichtigten die hauptamtlichen Kräfte der Feuerwehr, jedoch sei zu fragen, wie künftig die Ehrenamtler und die notwendigen Ausrüstungen untergebracht werden sollen.

Herr Ziffus möchte wissen, ob der Erreichungsgrad in bestimmten Bereichen des Stadtgebietes u. U. Auswirkungen auf die künftige Siedlungspolitik hat. Er weist auf mögliche Regressansprüche von Bürgern im Falle eines nicht einwandfrei geleisteten Brandschutzes hin.

Stadtkämmerer Kotulla erläutert, daß man trotz der angespannten Haushaltslage z. B. durch Anmietungen versuchen werde, die Erreichbarkeit zu steigern. Er gesteht zu, daß sich der Brandschutz derzeit in einer kritischen Situation befinde. Die angedachten Maßnahmen seien jedoch geeignet, eine spürbare Verbesserung herbeizuführen. Die Zielsetzung auf 75 % Erreichbarkeit sei langfristig zu sehen und binde Rat und Verwaltung über mehrere Jahre. Insgesamt stünden dem Bereich der Feuerwehr künftig 39 Stellen mehr zur Verfügung. Weitere seien von der Kommunalaufsicht zu genehmigen. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation und des Haushaltssicherungskonzeptes könne der Rat derzeit nicht mehr vertreten als den Zeitraum, der in der Vorlage benannt sei. Für alle denkbaren Katastrophen könne keine Kommune ausreichende Vorsorge treffen, sondern lediglich Bemühungen in diese Richtung unternehmen. Hinsichtlich einer Zusammenarbeit sei man mit umliegenden Kommunen in Verhandlungen, um Kooperationsverträge abzuschließen. Diese Bemühungen müßten durch eine Gesetzesinitiative des Landes unterstützt werden. Die Aufstockung der Freiwilligen Feuerwehr auf 290 Kräfte stelle letztendlich auch ein gesellschaftliches Problem dar. Immerhin seien 27 neue schon ein Erfolg. In der Kreisdelegiertenkonferenz am vergangenen Sonntag sei die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehr noch einmal in besonderer Weise hervorgehoben worden. Zahl und Art der Einsätze würden ohnehin festgehalten, weshalb ein Reagieren des politischen Raumes auf Probleme in diesem Bereich möglich sei. Der angestrebte Erreichungsgrad von 75 % sei von der Firma Kienbaum empfohlen worden; man habe ihn deshalb in die Vorlage übernommen.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß Bergisch Gladbach auch Schauplatz eines Terroranschlages werden könne. Dies müsse mitbedacht werden, wenngleich die Zuständigkeit für einen solchen Fall und für Katastrophen zunächst beim Landrat liege. Im übrigen handele es sich bei einer Umsetzung des Beschlußvorschlages um einen Kraftakt. Die Tatsache der bereits erfolgten Personalaufstockung verdiene Achtung. Die Notwendigkeit einer Aufstellung neuer Brandschutzbedarfspläne treffe auch viele andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten finanziellen Situation. Innenminister Behrendt gehe davon aus, daß die Gemeinden im Jahre 2010 im Bereich des Feuerschutzes zusammenarbeiten. Dies sei

aufgrund der derzeitigen Regelung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung NRW (FSHG) noch nicht möglich. In einer solchen Zusammenarbeit liege ein erhebliches Einsparpotential. Der Innenminister habe zugesagt, Bergisch Gladbach beim Abschluß und der Umsetzung von Kooperationsverträgen behilflich zu sein. Die Stadt werde den Minister zusätzlich schriftlich um Mitteilung bitten, wie der Brandschutzbedarfsplan unter den strengen Voraussetzungen des Haushaltssicherungskonzeptes umgesetzt werden könne. Im Jahre 2006 werde ein Resümee gezogen, ob das gesteckte Ziel erreicht wurde. Ungeachtet dessen könne der von Herrn Waldschmidt beantragten Berichtspflicht für 2003 und 2004 gefolgt werden.

Herr Eltges von der Firma Kienbaum erläutert, daß ein Erreichungsgrad von 95 % aufgrund der geographischen Gegebenheiten in Bergisch Gladbach und der Anordnung der Wachen zur Zeit nicht möglich sei. Ein solches Ziel werde allerdings auch in anderen Städten Nordrhein-Westfalens nicht erreicht. Richtig sei es, vor allem die Bevölkerung in den Ballungsbereichen des Stadtgebietes zu berücksichtigen. Hierfür müsse in der Fläche ggf. ein Abstrich gemacht werden. In der zeitmäßigen Festsetzung der Hilfsfristen 1 und 2 lägen Unwägbarkeiten im Sekundenbereich, die statistisch nicht erfaßt werden könnten. Bereits 15 Sekunden weiteten den Erreichungsgrad erheblich aus. Im Brandschutzbedarfsplan seien hierzu genauere Angaben gemacht worden. Für Katastrophenfälle sei gesetzlich die Verpflichtung benachbarter Feuerwehren zur Hilfeleistung geregelt. Ungeachtet der kritischen Zahlen verfüge Bergisch Gladbach über den Vorteil, zwei komplett ausgestattete Wachen zu haben. Mit der Schaffung einer Außenstelle für die östlichen Bereiche werde eine weitere Verbesserung der Erreichbarkeit gewährleistet. Der Ausbau der Freiwilligen Feuerwehr müsse im Auge behalten und im Rahmen einer turnusmäßigen Berichterstattung dargestellt werden. Die in der Vorlage benannten Hilfsfristen 1 und 2 könnten bislang von keiner ihm bekannten Feuerwehr statistisch belegt werden. Festgehalten würde das Ausrücken der Fahrzeuge und das Eintreffen am Einsatzort. Weniger Angaben gebe es bereits zur Besetzung der Fahrzeuge. Die Feuerwehr habe inzwischen Vorkehrungen getroffen, in diesem Bereich statistische Erhebungen vorzunehmen. Optimiert werden müsse die Freiwillige Feuerwehr vor allem in Schildgen. In anderen Stadtteilen sehe es zwar besser aus, jedoch bestehe das Problem der Erreichbarkeit der Freiwilligen Feuerwehrkräfte bei Tag. Nachts sehe es etwas besser aus. Bei größeren Neubauprojekten solle dem Brandschutz künftig eine höhere Bedeutung beigemessen werden.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer ergänzt, daß für Refrath der Umbau und die Erweiterung des Gerätehauses geplant sei. In Herkenrath beabsichtige man, eine Halle anzumieten, in welcher ein ehrenamtlicher Löschzug stationiert werde. Nicht vorgesehen werde in Refrath eine dritte, voll ausgestattete Wache. Die vorgesehenen baulichen Maßnahmen seien vorwiegend für freiwillige Kräfte gedacht.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, daß im Rahmen der Aufstellung von Bauleitplänen grundsätzlich auch die Feuerwehr mit eingebunden werde. Hier sei insbesondere die Frage der Löschwasserversorgung von Interesse. Kaum Einfluß nehmen könne man auf Einzelbaumaßnahmen von Privatleuten. Das Baurecht gebe keine Möglichkeit, Bauvorhaben wegen mangelnder Erreichbarkeit durch die Feuerwehr abzulehnen.

Frau Schöttler-Fuchs beantragt, Punkt 3 des Beschlußvorschlages um einen Unterpunkt e) mit dem Wortlaut „kostenneutrale präventive Brandschutzmaßnahmen zu fördern“ zu ergänzen. Sie geht davon aus, daß eine Brandschutzerziehung in Kindertagesstätten und Schulen sowie eine Ausbildung von Brandschutzhelfern analog der

Erste-Hilfe-Ausbildung den Brandschutzgedanken in die Bevölkerung trage und auf Dauer Kosten spare. Zudem könne der Interessenkreis für die Freiwillige Feuerwehr auch um Frauen erweitert werden. Das Netzwerk RegioNet sei dabei, mit den Feuerwehren des Kreises einen ersten Lehrgang auf den Weg zu bringen, der im August 2003 beginne.

Herr Orth legt Wert darauf, daß der Rat künftig laufend über den Grad der Zielerreichung informiert wird. Er weist auf den letzten im Jahre 1990 vom Rat beschlossenen Brandschutzbedarfsplan hin, von dessen Vollzug der politische Raum nie mehr etwas gehört habe. Dies solle künftig anders gehandhabt werden. Er beantragt, daß der Rat künftig per 31.03. des Folgejahres über den Zielerreichungsgrad des Vorjahres informiert wird.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer weist darauf hin, daß die Umsetzung des Antrages von Frau Schöttler-Fuchs nicht kostenneutral sei, da durch die Schulungen Personal der Feuerwehr gebunden werde.

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, daß man dem Beispiel von RegioNet folgen solle, um diesen guten Gedanken in die Tat umzusetzen.

Für Herrn Dehler ist vor allem eine Förderung der Jugendfeuerwehren erforderlich, um auf diese Weise Personal für die Löschzüge zu rekrutieren.

Bürgermeisterin Opladen betont noch einmal die Bedeutung des Ziels, die in der Vorlage benannte Endausbaustufe der Freiwilligen Feuerwehr mit rund 290 Helfern zu erreichen. Anderenfalls werde man erhebliche Probleme bekommen. Es gehe darum, den Leiter der Feuerwehr und seine Mitarbeiter beim Erreichen dieses Ziels nach Kräften zu unterstützen.

Es besteht Einvernehmen, den Antrag von Frau Schöttler-Fuchs an der gewünschten Stelle des Beschlußvorschlages zu plazieren und den Antrag von Herrn Orth als Punkt 8 mit zu beschließen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

Es wird den folgenden Eckpunkten eines Brandschutzbedarfsplans bis zum Ende des Jahres 2006 zugestimmt:

1. **Es wird ein zukünftiger Erreichungsgrad von mindestens 75 % angestrebt.**
2. **Die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden personellen Auswirkungen sind vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wie folgt umzusetzen:**
 - a) **Einrichtung von weiteren 9 Stellen im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst im Stellenplan 2004**
 - b) **Verlängerung von 6 befristeten Angestelltenverträgen in der Notfallrettung (Qualifikation: Rettungsassistent) zur weite-**

- ren Verstärkung der Feuerwache Süd tagsüber im Brandschutz um 3 Funktionen bis zu einer endgültigen Entscheidung im Jahre 2006
- c) Abschluß von 6 weiteren befristeten Angestelltenverträgen in der Notfallrettung (Qualifikation: Rettungsassistent) zur Verstärkung der Feuerwache Nord tagsüber um 3 Funktionen im Brandschutz bis zu einer endgültigen Entscheidung im Jahre 2006.
3. Die sich aus dem Brandschutzbedarfsplan ergebenden organisatorischen Maßnahmen sind umzusetzen, und zwar
- a) Einrichtung eines ehrenamtlichen Löschzuges in Herkenrath zur besseren Versorgung der östlichen Stadtteile
- b) Die Anwerbemaßnahmen für freiwillige Kräfte sind kontinuierlich fortzuführen mit dem Ziel, in der „Endausbaustufe“ eine Kapazität von ca. 290 Kräften zur Verfügung zu haben
- c) Vorgabe intensiverer Auflagen im vorbeugenden Brandschutz an Bauträger in den Stadtteilen, in denen innerhalb der Hilfsfrist 1 keine ausreichende Hilfe geleistet werden kann (insbesondere bauliche Sicherstellung des 2. Rettungsweges sowie Verbesserungen des organisatorischen Brandschutzes in Betrieben durch ausgebildete Selbsthilfkräfte)
- d) Abschluß von Kooperationsverträgen mit Köln, Leverkusen und Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises zur Stärkung der Hilfsmaßnahmen innerhalb der Hilfsfristen 1 und 2.
- e) *Förderung kostenneutraler präventiver Brandschutzmaßnahmen.*
4. Für die sich aus der Brandschutzbedarfsplanung ergebenden baulichen Maßnahmen sind Planungen vorzulegen, und zwar
- a) für den Umbau und die Modernisierung des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr in Refrath
- b) für die Schaffung von Übergangslösungen zur Unterbringung weiterer ehrenamtlicher Kräfte und eines Mannschaftstransportfahrzeuges in Schildgen (Container, Fertiggarage).
5. Aus dem Brandschutzbedarfsplan ergeben sich in den Jahren 2003 bis 2006 folgende Fahrzeugbeschaffungen:
- a) Anschaffung eines Hilfeleistungslöschfahrzeuges für den hauptamtlichen Löschzug der Wache Süd
- b) Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges für die Löschgruppe Schildgen
- c) Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges für den Löschzug Refrath
- d) Anschaffung eines Kommandowagens für die A-Dienst-Funktion aus Rufbereitschaft

- e) **Anschaffung eines Tanklöschfahrzeuges 16/25 für die Freiwillige Feuerwehr.**

Diese Beschaffungen sind umzusetzen, wenn sie im Wirtschaftsplan finanziell darstellbar sind.

6. **Der Rettungsdienst wird weiterhin von der Feuerwehr durchgeführt.**

Anstelle der bisherigen befristeten Arbeitsverträge werden vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes im Stellenplan 2004 6 Planstellen für Angestellte (Mindestqualifikation: Rettungssanitäter) im Krankentransport eingerichtet

7. **Der Brandschutzbedarfsplan ist bei Bedarf, spätestens im Jahre 2007, fortzuschreiben.**

8. *Der Rat ist zukünftig laufend, d. h. immer bis zum 31.03. für das jeweilige Vorjahr, über den Grad der Zielerreichung zu informieren.*

6. Anbindung an die Autobahn A 4

Stadtbaurat Schmickler erläutert zunächst, daß die Stadt Minister Dr. Horstmann mit der Bitte zu bestätigen angeschrieben habe, der Anschluß an das Autobahnkreuz Merheim sei auch nach dessen Rückbau möglich. Eine entsprechende Erklärung des Landesbetriebes Straßen hierzu liege vor. Angefragt habe man auch, auf welches Förderprogramm sich die in der SPD-Veranstaltung mit Herrn Dr. Horstmann benannten Mittel von mehr als 20 Millionen Euro bezögen. Bislang liege der Stadt nur eine Eingangsbestätigung des Ministers vor.

Weiterhin habe sich die Stadt an den Landtagsabgeordneten Dr. Franke und über Frau Hammelrath an den Landtagsabgeordneten Eumann gewandt. Herr Dr. Franke habe geantwortet und darauf hingewiesen, daß es sich bei den benannten Fördermitteln voraussichtlich um den Bahnflächenpool NRW handele. Er habe inzwischen ein erstes Gespräch mit einem der Geschäftsführer der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (die den Bahnflächenpool verwalte) geführt, um Rahmenbedingungen für eine Förderung zu eruieren. Der Bahnflächenpool sei vor einigen Jahren aus Grundstücken von 100 Kommunen zusammengetragen worden. Die Stadt habe hieran keinen Anteil. Bei den Grundstücken des Bahnflächenpools handele es sich auf der einen Seite um solche, die gut zu vermarkten seien, und zum anderen um solche, bei denen dies nicht vorausgesetzt werden könne. Zu letzteren gehöre der Bahndamm. Absicht der Gesellschaft sei es, aus dem Erlös der lukrativen Grundstücke die Entwicklung der verbleibenden zu finanzieren. Hierbei unterstütze sie sowohl die Planung als auch das gesamte Verfahren zur Erlangung der Baureife. Nicht gefördert würden konkrete Baumaßnahmen, hierfür seien andere Förderprogramme zuständig. Eine Inanspruchnahme von Mitteln der Gesellschaft hindere die Stadt nicht daran, auch Fördermittel aus anderen Töpfen zu beantragen.

Der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft widme in letzter Zeit besondere Aufmerk-

samkeit auch sog. linienförmigen Grundstücken, da diese unter heutigen Voraussetzungen nur noch sehr schwer in der bestehenden Form erwerbbar seien. Da ihr Agieren recht erfolgreich sei, beabsichtige sie, im März des kommenden Jahres den Wirkungskreis zu erweitern. Die Stadt könne daher rechtzeitig beim zuständigen Ministerium in Düsseldorf einen Antrag auf Aufnahme des Bahndamms in den Pool stellen. Somit wisse die Stadt nunmehr förderseitig, wie sie vorgehen könne.

Morgen tage der Stadtentwicklungsausschuß der Stadt Köln. Zum Thema Straßenanbindung gebe es einen Tagesordnungspunkt, dessen Behandlung abzuwarten bleibe.

Des weiteren sei die Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan zu beantragen. Hier müsse die Stadt bis Ende des Jahres tätig werden, da Anfang des kommenden ein neuer Landesstraßenbedarfsplan aufgelegt werde. Es reiche aus, wenn nach der Sommerpause die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

Herr Ziffus weist darauf hin, daß ein Teil des Bahndamms nach wie vor genutzt werde (Zinkhüttengleis). Insoweit könne eine Planung nur den derzeit nicht genutzten Teil umfassen. Profitieren würden von einer solchen Straßentrasse nur einige Unternehmen, nicht jedoch die breite Bevölkerung.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlage und den Bericht von Stadtbaurat Schmickler zur Kenntnis.

7. **Rahmenplanung Bensberg** **- Handlungsraum Arbeiten / Gewerbe**

Fachbereichsleiterin Müller-Veit, Verwaltungsmitarbeiter Krause und Herr Plattner vom Planungsbüro Coersmeier aus Köln erläutern im Wege einer PowerPoint-Präsentation die Rahmenplanung Bensberg in ihren Handlungsräumen Arbeiten und Gewerbe. Inhaltlich entsprechen diese Ausführungen der Vorlage für den Planungsausschuß am 26.06.2003. Fachbereichsleiterin Müller-Veit informiert des weiteren darüber, daß es im Planungsausschuß Anregungen zur Rahmenplanung gegeben habe, die durch die Verwaltung in einer Anlage zusammengefaßt wurden. Diese Anlage ist der Niederschrift zur Kenntnisnahme beigelegt. Danach werden die Fragen der Hauptausschußmitglieder beantwortet.

Frau Schmidt-Bolzmann ist verwundert darüber, daß Punkt 1 des Beschlußvorschlages die Beauftragung eines Gutachtens zur Auslastung des Autobahnanschlusses Moitzfeld vorsieht. Irgendwann werde die A 4 sechsspurig ausgebaut. Zudem würden die Ergebnisse des Gutachtens wohl kaum eine Umsetzung der Rahmenplanung in Frage stellen. Sie möchte wissen, wie hoch die Kosten für dieses Gutachten seien.

Herr Ziffus möchte wissen, was dagegen spreche, das geplante Gewerbegebiet Obereschbach etwas nach Osten zu verschieben. Er begrüßt, daß im Bereich Bockenberg Gewerbe mit einer hohen Arbeitsplatzdichte angesiedelt werden soll. Hier komme wegen der geographischen Gegebenheiten dem landschaftspflegerischen Begleitplan besondere Bedeutung zu. Beide Flächen böten sich für ökologische Gewerbegebiete an, die das Konfliktpotential mit der Nachbarschaft von vornherein gering halten. Er regt an, die beiden neuen Gewerbegebiete mit einem Gleisanschluß zu versehen. Dies entspreche auch einer Maßgabe des Landes.

Frau Ryborsch hält die Begutachtung der Auslastung des Autobahnanschlusses Moitzfeld durchaus für sinnvoll. Der Fall Spitze habe gezeigt, daß die Realisierung eines Gewerbegebietes an dessen Anbindung scheitern könne. Sie möchte wissen, ob in Obereschbach das von Ihrer Fraktion befürwortete ökologische Gewerbegebiet realisiert werden solle.

Herr Neuheuser merkt an, daß es in Jülich ein dem hier vorgestellten Projekt vergleichbares Gewerbegebiet gebe. Wegen der generellen Knappheit an Gewerbeflächen in der Stadt setze die KIDinitiative sich dafür ein, möglichst großzügig an dieser Stelle auszuweisen und ggf. noch weitere umliegende Grundstücke mit einzubeziehen.

Herr Albrecht weist auf den Antrag seiner Fraktion im Planungsausschuß hin, in jedem Falle die KVB-Trasse bis in den Bereich Bockenbergr planerisch zu sichern. Man könne sich glücklich schätzen, eine Planung zu erhalten, die äußerst sorgsam mit den landschaftlichen Ressourcen umgehe. Der geplante Standort Obereschbach stehe für kleinteiliges Gewerbe. Gefragt sei hier der Handwerker, der auf möglichst kleinen Grundstücken seinem Gewerbe nachgehe.

Herr Dehler weist auf die Besorgnis der Bewohner der Terrassenstadt sowie des Habichtweges auf Beeinträchtigung ihrer Wohnqualität hin, wenn das jeweils in ihrer Nähe geplante Gewerbegebiet zu nahe an ihren Bereich heranrücke. Hier seien Konflikte soweit wie möglich zu vermeiden.

Herr Dr. Kassner sieht einen Bestandsschutz für die in diesem Bereich bestehenden Wohnobjekte. In diesen werde durch die neuen Gewerbegebiete nicht eingegriffen.

Herr Freese begrüßt die Planungen für die beiden Gewerbegebiete, da diese unmittelbar an der Autobahn liegen und bei behutsamer Bebauung zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen.

Stadtbaurat Schmickler führt aus, daß die Beachtung der derzeit geltenden bau- und umweltrechtlichen Vorschriften bereits einen hohen ökologischen Standard für die Gewerbegebiete garantiere. Zudem bewirke die Topographie eine gegliederte, an den Erfordernissen eines kleinteiligen Gewerbes orientierte Bebauung. Die Unterbringung größerer Betriebe sei hier überhaupt nicht möglich. Eine Klärung der verkehrlichen Aspekte sei planungsrechtlich notwendig und werde von den Trägern öffentlicher Belange eingefordert. Um das Gutachten komme man somit nicht herum. Allein die ohnehin einzuhaltenden Erfordernisse machten die beiden Gewerbegebiete schon außerordentlich teuer. Er warnt davor, durch überzogene Forderungen nach einem ökologischen Gewerbegebiet die Kosten noch mehr in die Höhe zu treiben. Für die Betriebe, die sich dort ansiedeln wollten oder sollten, müßten die Einzelgrundstücke finanzierbar sein.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

- I. Die im Übersichtsplan in der Anlage 7 der Vorlage dargestellten Bereiche sind über Bauleitplanverfahren zu Gewerbeflächen zu entwickeln. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Gutachten und hier insbesondere das Verkehrsgutachten zur Auslastung des Autobahnanschlusses zu erstellen.**

schlusses Moitzfeld in Auftrag zu geben.

- II. **Planungsziel für den Bebauungsplan Nr. 5539 -Obereschbach- ist die Schaffung kleinteiliger Gewerbeflächen für Handwerk und Büronutzungen.**
- III. **Grundlage für die Erschließung des Bockenbergs ist das in der Anlage 8 der Vorlage dargestellte Rahmenkonzept. Planungsziel für den Bockenbergs ist die Schaffung von Gewerbeflächen für innovative Unternehmen der Branchen High Tech, Medi Tech, Bio Tech und Medien. In Ergänzung zum Technologiepark ist ein Gewerbegebiet mit parkähnlichem Charakter anzustreben.**

8. **5. Fortschreibung des Nahverkehrsplans Rheinisch-Bergischer Kreis; hier: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach**

Bürgermeisterin Opladen macht darauf aufmerksam, daß der Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft versehentlich nicht beteiligt wurde. Da Bergisch Gladbach von der Fortschreibung des Nahverkehrsplans nur indirekt betroffen sei, habe man dies nicht für notwendig gehalten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß durch die Linie 423 auch der 10-Minuten-Takt zwischen der Stadtmitte und Bensberg gewährleistet werde. Er möchte wissen, ob dieser beibehalten werde oder durch finanzträchtige Kompensationsmaßnahmen gewährleistet werden müsse.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß der 10-Minuten-Takt nach Auskunft der Verkehrsbetriebe ohne zusätzliche Kosten für die Stadt beibehalten werden könne. Seine Rahmenbedingungen würden sich sogar noch etwas verbessern.

Frau Ryborsch möchte wissen, ob man auch im Stadtgebiet auf spärlich genutzten Buslinien sog. Taxibusse einsetzen könne. Des weiteren fragt sie an, wie es nach dem Ausscheiden von Herrn Becher in der Geschäftsführung der Stadtverkehrsgesellschaft weitergehe.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß der Auflösungsvertrag mit Herrn Becher vorbereitet wurde und in Kürze unterschrieben werde. Entsprechend dem Gesellschaftervertrag habe sie Stadtbaurat Schmickler zum neuen Geschäftsführer bestellt. Im übrigen müsse sich der politische Raum mit der Zukunft der Stadtverkehrsgesellschaft befassen.

Stadtbaurat Schmickler erläutert zu den Taxibussen, daß der Kreis für das Stadtgebiet aufgrund entsprechender Erhebungen keine Notwendigkeit für einen Einsatz sehe. Im übrigen existiere in Bergisch Gladbach bereits ein sog. Anrufsammeltaxi, das nicht etwas gänzlich anderes darstelle.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

- 1. **Der Hauptausschuß nimmt die 5. Fortschreibung des Nahverkehrsplans (NVP) des Rheinisch-Bergischen Kreises zur Kenntnis.**

2. **Da Belange der Stadt Bergisch Gladbach nicht berührt sind, werden keine Bedenken und Anregungen geltend gemacht.**
3. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, diese Stellungnahme dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises zu berichten.**

9. **Fahrplanänderungen im Rheinisch-Bergischen Kreis**

Herr Dr. Kassner bedauert, daß aufgrund der Fahrgastzahlen bei den Buslinien 435 und 436 bestimmte Wochenendfahrten entfallen müssen.

Herr Waldschmidt fragt an, ob durch die Streichung der Fahrten die Taktfolge der Buslinien unterbrochen werde. Außerdem möchte er wissen, ob mehrere Zählungen durchgeführt wurden oder ob es sich bei dem in der Anlage 1 aufgeführten Ergebnis eher um einen Zufall handele.

Stadtbaurat Schmickler geht davon aus, daß die Zählung mehrfach und sachgerecht erfolgte. Die Fahrzeitenverschiebungen beim Schnellbus 42 seien unbedenklich. Im übrigen resultierten auf allen aufgeführten Buslinien die Streichungen der einzelnen Fahrten aus der mangelnden Nachfrage.

Herr Ziffus möchte wissen, wie sich die Siedlungsentwicklung in Hand auf die Linienführung der Buslinie 435 auswirken werde.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß die Siedlungsentwicklung in diesem Stadtteil für die Frequentierung der in der Anlage 1 aufgeführten Fahrten ohne Bedeutung ist. Es handele sich um Randzeiten an den Wochenenden.

Herr Neuheuser weist auf die Streichung bei der Linie 335 hin. Die als Ersatz ange-dachte Linie 426 habe einen ganz anderen Linienweg. Angedacht sei ursprünglich eine Kompensation durch einen zweiten Linienast der Linie 453 gewesen. Er möchte wissen, ob dieser Plan nach wie vor bestehe.

Stadtbaurat Schmickler antwortet, daß es sich auch hier um kaum genutzte Fahrten handele und er daher das Problem der Kompensation nicht sehe.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß**:

1. **Der Hauptausschuss nimmt die Fahrplanänderungen im Bergischen Kreises zur Kenntnis.**
2. **Die Stadt Bergisch Gladbach macht keine Bedenken und Anregungen geltend.**
3. **Die Bürgermeisterin wird beauftragt, diese Stellungnahme dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises zu berichten.**

10. Änderung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros in Bensberg und Refrath

Bürgermeisterin Opladen erläutert, daß die Angelegenheit wegen der politischen Bedeutung in den Hauptausschuß eingebracht werde. Nach der Zuständigkeitsordnung bestünde hierzu keine Notwendigkeit.

Frau Ryborsch lehnt die Änderung der Öffnungszeiten ab. Es handele sich bei den Bürgerbüros um die wichtigste Nahtstelle zur Bürgerschaft. Zudem sei nicht sicher, daß durch die neuen Zeiten tatsächlich 40.000,-- € Personalkosten eingespart werden können.

Herr Hoffstadt bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses darzulegen, ob die Bürgerbüros nicht zusätzliche Aufgaben übernehmen könnten. In Betracht kämen in Abstimmung mit dem Kreis z. B. die Aushändigung der Führerscheine und die Bearbeitung von KFZ- Angelegenheiten .

Bürgermeisterin Opladen stimmt zu, daß diese Bereiche den Bürgerbüros zugeordnet werden sollten.

Herr Neuheuser regt an, die Mittagspausen zu verlängern und stattdessen die Öffnungszeiten in die Abendstunden auszudehnen. Dies seien die Zeiten, in denen die Bürgerbüros stärker frequentiert würden.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, ob man auch mit reduziertem Personal die neuen Öffnungszeiten flexibilisieren könne. So sei z. B. an bestimmten Tagen eine längere Mittagspause und dafür eine längere Öffnungszeit möglich. Zudem könne man die Bürger verstärkt auf die PC-Nutzung aufmerksam machen. Es sei bereits jetzt möglich, viele Formulare herunter zu laden.

Herr Dr. Kassner hat keine Bedenken, den Bürgerbüros zusätzliche Aufgaben zu übertragen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer weist darauf hin, die Mittagszeiten seien statistisch diejenigen, in denen die wenigsten Besucher die Bürgerbüros aufsuchten. Auch in den Randzeiten seien es nicht wesentlich mehr. Aus diesem Grunde sei es sinnvoll, diese schwach frequentierten Phasen aus den Öffnungszeiten herauszunehmen. Das Online-Angebot werde zunehmend ausgebaut. Allerdings verhinderten die Regelungen des Signaturgesetzes noch, im PC ausgefüllte Formulare auch zu unterzeichnen und anschließend zurückzusenden. Hoffnungen setze er in einen zukünftigen Online-Kontakt zwischen den Bürgerbüros und der Bundesdruckerei. Die Beantragung und Ausstellung von Personalausweisen sowie Reisepässen binde derzeit viel Personal und zwinge zudem dazu, einen eigenen Archivraum für diese Dinge vorzuhalten. Eine Flexibilisierung der Mittagszeiten sei natürlich möglich. Allerdings sei es das Ziel, auf den Schichtdienst zu verzichten und so finanzielle Einsparungen zu erzielen.

Herr Hoffstadt möchte wissen, ob sich durch die Einrichtung der Bürgerbüros ein zusätzlicher Stellenbedarf ergeben habe oder ob seinerzeit Mitarbeiter anderer Dienststellen dorthin umgesetzt wurden.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer antwortet, daß im Vergleich zum früheren Einwohnermeldeamt natürlich mehr Stellen vorgehalten werden müßten. Allerdings verfüge

man jetzt über drei Standorte. Diskutiert werde mit dem Kreis derzeit die Möglichkeit, die Kfz-Zulassungen in die Bürgerbüros zu integrieren. Auf Nachfrage von Frau Wöber-Servaes bestätigt er, daß alle Bürgerbüros über eine E-Mail-Adresse verfügen.

Frau Ryborsch möchte wissen, ob es im Fachbereich 3 keine andere Möglichkeit der Stelleneinsparung gebe als ausgerechnet im Bereich der Bürgerbüros. Die Mittagszeiten böten vielen erwerbstätigen Bürgern die Möglichkeit zu Erledigungen. Eine Übernahme der Kfz-Angelegenheiten bestärke sie noch in ihrer Argumentation.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer verneint andere Einsparmöglichkeiten in seinem Fachbereich. Im Städtevergleich würde Bergisch Gladbach auch mit den geänderten Öffnungszeiten hervorragend dastehen.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluß**:

Der Hauptausschuß empfiehlt der Bürgermeisterin, in den Bürgerbüros Bensberg und Refrath folgende Öffnungszeiten festzusetzen:

Montag	08:00 Uhr - 13:00 Uhr und 14:00 Uhr - 16:00 Uhr
Dienstag	09:00 Uhr - 13:00 Uhr und 14:00 Uhr - 16:00 Uhr
Mittwoch	09:00 Uhr - 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 Uhr - 13:00 Uhr und 14:00 Uhr - 18:00 Uhr
Freitag	09:00 Uhr - 13:00 Uhr
Samstag	10:00 Uhr - 12:00 Uhr

**11. Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach;
hier: Beratung der Ergebnisse aus den Fachausschüssen**

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, daß der Bericht in den Gremien behandelt wurde, für die eine unmittelbare Zuständigkeit erkannt wurde. Der Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr besitze höchstens eine mittelbare Zuständigkeit. Die ihn betreffenden Aspekte des Berichtes seien auch Stadtentwicklung im weiteren Sinn und würden daher im Hauptausschuß mit abgedeckt.

Sodann erläutert Fachbereichsleiter Hastrich das Ergebnis der Beratung des Berichtes in den zuständigen Gremien. Diese Ergebnisse sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Familienbericht werde nunmehr den Verbänden zur Verfügung gestellt mit der Bitte, Stellung zu beziehen. Darüber hinaus solle voraussichtlich am 11. Oktober in einer Schule eine Bürgerbeteiligung erfolgen. Über Workshops solle den Bürgern dort Gelegenheit gegeben werden, sich themenbezogen zu äußern. Die Ergebnisse seien anschließend im Hauptausschuß vorzustellen.

Herr Hoffstadt wertet die Angelegenheit als einen langwierigen Prozeß, für den es keinen bestimmten Endpunkt geben werde. Es komme darauf an, die Stadt auch weiterhin möglichst familienfreundlich zu gestalten, um eine Ansiedlung von Gewerbe und den in diesem arbeitenden Menschen zu fördern. Er empfiehlt, für alle Fachbereiche Kriterien zu schaffen, die die Erreichung dieses Zieles fördern.

Frau Münzer sieht die Aufgabe der Politik darin, die bislang erzielten Ergebnisse in den künftigen Planungen mit zu berücksichtigen.

Für Herrn Dr. Kassner müssen die Ergebnisse vor allem auch Auswirkungen auf die künftige Stadtentwicklung haben. Man könne durch eine gezielte Förderung bestimmter Maßnahmen auf die demographische Entwicklung Einfluß nehmen.

Herr Ziffus kritisiert den Mangel an Wohnungen in den Zentren. Hier müßten vor allem verstärkt seniorenerechte Wohneinheiten erstellt werden.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Vorlage zur Kenntnis.

12. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2002
- Wohnungsbauprogramm 2003

Frau Ryborsch lobt die außerordentlich gute Vorlage. Sie mahnt verstärkte Aktivitäten im Bereich des sozialen Wohnungsbaus an. Die wenigen Wohnungen dieses Typs im Bereich der ehemaligen Hermann- Löns- Kaserne entschärften die Situation nicht.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

13. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten;**
Benennung eines Mitgliedes in den Stadtverband für Entwicklungszusammen-
arbeit Bergisch Gladbach e.V.

Herr Orth schlägt vor, den sachkundigen Bürger Hermann Becker als Mitglied in die Mitgliederversammlung zu entsenden. Sein Stellvertreter solle der sachkundige Bürger Lasse Pütz werden.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt-Boltzmann erläutert Herr Waldschmidt, daß die Mitglieder aus den Fraktionen nach den Kriterien von d'Hondt entsandt würden. Aufgrund dessen stehe es der SPD-Fraktion zu, für ihr ausgeschiedenes Mitglied Erich Dresbach eine Ersatzbenennung vorzunehmen.

So dann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschluß-**
empfehlung:

Als Mitglied in die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e. V. wird der sachkundige Bürger Hermann Becker entsandt. Sein Stellvertreter ist der sachkundige Bürger Lasse Pütz.

14.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2003, durch die**
Verwaltung zu prüfen, ob sich ein ökologisches Gewerbegebiet in Bergisch Glad-
bach realisieren läßt

und

- 14.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2003, die Stadt Bergisch Gladbach möge eine Mobilitätsrunde planen und initiieren, die alle Beteiligten an einen Tisch bringt und versucht, die Verkehrsproblematik der Stadt im Kontext aller betroffenen Gruppen zu lösen

und

- 14.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.06.2003, die Verwaltung möge für die Sitzung des Hauptausschusses am 7.10.2003 1. eine Analyse des Wirtschaftsstandortes Bergisch Gladbach und 2. darauf aufbauend einen Masterplan zur städtischen Wirtschaftsförderung, der auch eine Kombination mit der regionalen Wirtschaftsförderung zuläßt, erstellen

Frau Ryborsch begründet die Anträge ihrer Fraktion und begrüßt, daß die Stellungnahmen der Verwaltung nicht ablehnend ausfielen.

Zu 14.1 weist sie auf die bereits gegebenen Hinweise der Verwaltung unter Punkt 7 hin. Es sei sinnvoll, die Angelegenheit mit einer qualifizierteren Stellungnahme der Verwaltung im Hauptausschuß am 07.10.2003 zu behandeln. Ähnliches gelte für den Antrag unter 14.2, der ebenfalls mit einer dezidierten Stellungnahme in der benannten Sitzung behandelt werden könne. Es müßten alle Beteiligten, auch die Initiatoren des Bürgerantrages zur Anbindung an die A4, an einen Tisch gebracht werden. Wenig zufrieden stelle sie die Stellungnahme der Verwaltung zu 14.3. Der Kreis habe deutlich durchblicken lassen, daß er Wirtschaftsförderung künftig ohne die Kommunen betreiben wolle. Bergisch Gladbach müsse sich positionieren. Eine Analyse des Wirtschaftsstandortes sei daher unbedingt notwendig um festzulegen, wie künftig eine Wirtschaftsförderung im Stadtgebiet aussehen könne. Denkbar sei auch, die Entscheidung des Kreises abzuwarten und den Antrag ihrer Fraktion bis dahin zu vertagen.

Herr Dr. Kassner kündigt an, daß die CDU-Fraktion alle drei Anträge ablehnen werde.

Herr Orth stimmt für die SPD-Fraktion allen drei Anträgen zu, kritisiert allerdings, daß die Anträge 14.1 und 14.3 nicht genügend konkretisiert wurden.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß in Kürten-Oberrossenbach derzeit ein ökologisches Gewerbegebiet realisiert werde. Sie schlägt vor, daß die Verwaltung in Kürten die Erfahrungswerte anfordert und anschließend an die Fraktionen zur Kenntnisnahme weiterleite.

Frau Ryborsch merkt an, daß das Beispiel Kürten-Oberrossenbach gedanklich hinter dem Antrag ihrer Fraktion zu 14.1 gestanden habe.

Sodann faßt der Hauptausschuß zu 14.1 mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP folgenden **Beschluß:**

Der Antrag wird abgelehnt.

Im Anschluß daran faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der CDU folgenden **Beschluß**:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zuletzt faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP folgenden **Beschluß**:

Der Antrag wird abgelehnt.

Es besteht Einvernehmen, daß mit der Gemeinde Kürten hinsichtlich der Erfahrungswerte für das Gewerbegebiet Kürten-Oberossenbach Kontakt aufgenommen wird.

15. **Anfragen der Ausschusmitglieder**

1. Anfrage zur Trinkwasserqualität in Bergisch Gladbach

Herr Ziffus weist auf eine Berichterstattung in der HörZu zur Trinkwasserqualität von 90 Städten hin. In der Bewertung derselben sei Bergisch Gladbach mit einem Befriedigend minus beurteilt worden. Lediglich zwei Städte hätten schlechter abgeschnitten. Er stellt hierzu drei Fragen:

- Stammen die Meßwerte, die veröffentlicht wurden, aus Bensberg oder Gladbach? Aufgrund der hohen Nitratwerte sei anzunehmen, daß die Proben im Bensberger Wasserwerk entnommen wurden.
- Stammen die Spuren von Chlorkohlenwasserstoffen und Trichlormethan aus der Bekämpfung von Mikroorganismen, wie angedeutet wurde? Hieraus würde resultieren, daß im Trinkwasser häufiger zu bekämpfende Mikroorganismen festgestellt wurden. Daraus leite sich die Frage ab, woher diese Mikroorganismen stammten.
- Sehe die Bürgermeisterin wie die Fraktion BÜNDNIS 90/ Die Grünen einen Zusammenhang zwischen der Bensberger Mischwasserkanalisation mit ihren elf Überläufen, dem Frankenforstbach und dem Saaler Mühlenbach und den hohen Nitratwerten im Bensberger Wasserwerk? Die diesbezügliche Problematik sei allen bekannt. Sofern das Nitrat nicht aus den beiden Bächen stamme, stelle sich die Frage, woher es komme.

Bürgermeisterin Opladen teilt mit, daß das Bürgermeisterbüro den Artikel aus der HörZu zuständigkeitshalber an die BELKAW weitergeleitet habe mit der Bitte, sich darum zu kümmern. Sie kündigt an, daß das gleiche auch mit der Anfrage von Herrn Ziffus geschehe.

2. Anfrage zur Bewirtung der Ausschüsse

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß alle Ausschusssitzungen im Ratssaal des Rathauses Bensberg stattfinden. Sie fragt an, ob es möglich sei, einen Automaten aufzustellen, aus dem sich die Teilnehmer der Sitzungen für eigenes Geld Kaffee und Tee zie-

hen können.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie dieses Anliegen prüfen werde.

3. Anfrage zu der Fußgängerrampe zwischen der Eichel- und der Schloßstraße

Frau Münzer weist darauf hin, daß im Seniorenbeirat am 06.07.2003 Sorge hinsichtlich eines eventuellen Abrisses des Fußgängertunnels geäußert wurde, der die Eichelstraße mit der Schloßstraße verbindet. Sie möchte wissen, ob diese Verbindung tatsächlich entfernt werden soll.

Mit Blick auf den Seniorenbeirat sichert Bürgermeisterin Opladen eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtbaurat Schmickler führt aus, daß der Fußgängertunnel in der Hauptsache nur von den Leuten benutzt werde, die aus der Siedlung kämen. Für diese gebe es jedoch in unmittelbarer Nähe drei fußläufige Alternativen. Alle übrigen Personen würden den Aufzug des Verkehrsbauwerkes und die Ampel im Bereich der Steinstraße nutzen. Absicht der Verwaltung sei es, städtebauliche Mängel in diesem Bereich zu beheben. Der Abriß des Tunnels lasse sich leider nicht vermeiden.

4. Anfrage zum Ladenlokal der Stadtverkehrsgesellschaft

Frau Schmidt-Bolzmann fragt an, ob die Bürgermeisterin dem neuen Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft empfehlen werde, das teure Ladenlokal an der Paffrather Straße zu kündigen. Sei eine vorzeitige Kündigung nicht möglich, solle versucht werden, einen Nachmieter zu besorgen.

Bürgermeistern Opladen antwortet, daß diese Problematik im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Zukunft der Stadtverkehrsgesellschaft stehe. Dies müsse abgewartet werden.

Danach schließt sie die öffentliche Sitzung.